

Stephan Bröchler
Hans-Joachim Lauth (Hrsg.)

Unter Mitarbeit von
Brigitte Biermann, Carina Fiebich und Judith Kuhn

Politikwissen- schaftliche Perspektiven



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Stephan Bröchler · Hans-Joachim Lauth (Hrsg.)

Politikwissenschaftliche Perspektiven

Stephan Bröchler
Hans-Joachim Lauth (Hrsg.)

Unter Mitarbeit von
Brigitte Biermann, Carina Fiebich und Judith Kuhn

Politikwissen- schaftliche Perspektiven



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16268-3

Inhalt

Stephan Bröchler und Hans-Joachim Lauth

Einleitung VII

1 Umwelt, Technik und Demokratie

Rolf Kreibich

Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis 3

Brigitte Biermann

Umwelt und Nachhaltigkeit im Licht der Governanceforschung.
Unvollständige Lösungen im Prozess 21

Stephan Bröchler

Governance im Lichte der sozialwissenschaftlichen
Technikforschung 45

Wolfgang Fach

Mitwirkung als Mythos und Maschine 57

2 Staat, Globalisierung und politische Ökonomie

Arthur Benz

Der Staat als politisches Projekt – eine theoretische Skizze 71

Renate Mayntz

Embedded Theorizing: Perspectives on Globalization
and Global Governance 93

Susanne Lütz

Governance in der vergleichenden politischen Ökonomie 117

3 Konflikte und Kooperationen in der Internationalen Politik

Martin List

Historisch-soziologische Perspektive in der Analyse internationaler Politik 143

Rainer Tetzlaff

Afrika und die Sicherheits- und Entwicklungspolitik der OECD-Welt – Wissen wir wirklich, was wir anderen empfehlen? 167

Gerd Junne

Fernunterricht *aus* Entwicklungsländern 193

Helmut Elbers und Josef Kostiner

Die iranische Herausforderung: Konflikt und Kooperation in der Golfregion 210

Hajo Schmidt

Ein drittes Standbein: Georg Simonis und die Hagerer Friedenswissenschaft 235

Stephan Bröchler / Hans-Joachim Lauth

Perspektiven politikwissenschaftlicher Forschung. Einführende Anmerkungen zu länger wirksamen Fragestellungen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts diskutiert die Politikwissenschaft intensiv die Frage, wie es möglich ist, in Zeiten vielfältiger Umbrüche den erreichten Stand der politikwissenschaftlichen Forschung weiter zu entwickeln, um die anstehenden Fragen angemessen zu bearbeiten. Hierbei gilt es nicht nur die relevanten Problemstellungen in gewichtigen Forschungsfeldern zu identifizieren, sondern auch neue methodische und theoretische Zugänge zu finden, die tragfähige Befunde liefern können. In diesem Zusammenhang ist die anstehende Pensionierung von *Georg Simonis* in gewissem Sinn ein Glücksfall, da dies den Anlass gibt, die angesprochene Thematik breit und kompetent zu bearbeiten.

Breit, weil das wissenschaftliche Leben von Georg Simonis durch ein weites Forschungs- und Lehrspektrum gekennzeichnet ist, wie ein Blick auf wichtige Teile seiner Arbeitsgebiete zeigt: Technikpolitik, eUniversities, Umwelt, Friedensforschung, Israel, Entwicklungsländerpolitik, Governance, Global Governance, Internationale politische Ökonomie, Modell Deutschland, Politikberatung und Zukunftsforschung. Diese vielfältigen Themen lassen sich in drei Sektionen bündeln: Umwelt, Technik und Demokratie, Staat und Governance im Kontext der ökonomischen Globalisierung sowie Frieden und Konflikt in den Internationalen Beziehungen.

Kompetent, weil sich eine Reihe namhafter und fachkundiger Autorinnen und Autoren gerne bereit erklärt haben, die skizzierten Themen zu bearbeiten. Die einzelnen Beiträge führen in den aktuellen Wissensstand ein, identifizieren relevante politische und politikwissenschaftliche Probleme und entwickeln Perspektiven für die künftige Forschung. Das Ziel der forschungsorientierten Publikation wird mit dem Titel des Bandes „Politikwissenschaftliche Perspektiven“ zum Ausdruck gebracht. Den Blick wachsam nach vorne richten, sensibel die anstehenden Probleme wahrnehmen und zugleich Lösungsperspektiven zu entwickeln war und ist ein bleibendes Anliegen von Georg Simonis, das sich in dem Band wiederfinden soll.

Wohl kaum eine menschliche Veränderung hat die gesellschaftliche Entwicklung und die Gesellschaft sowie deren ökologische und demokratietheoretischen Grundlagen so manifest beeinflusst wie die wissenschaftlich-technische Entwicklung der Technik. Im letzten Jahrhundert hat dies umwälzende Prozesse eingeleitet, deren Folgen und Implikationen bis heute nicht gänzlich abzusehen sind. Daher liegt es nahe, die Bereiche Technik und Umwelt, deren Balance stets durch die Fokussierung auf eine demokratieverträgliche Entwicklung neu auszutarieren ist, an den Beginn des Bandes zu stellen.

Gleich zu Beginn lenkt *Rolf Kreibich* den Blick auf eine Forschungsrichtung, die sich in besonderer Weise mit den Perspektiven der Gestaltung von Innovationen befasst: die moderne Zukunftsforschung. Unter dem Begriff Zukunftsforschung wird die wissenschaftliche Befassung mit möglichen, wünschbaren und wahrscheinlichen Zukunftsentwicklungen und Gestaltungsoptionen im Blick auf deren Grundlagen in der Vergangenheit und Gegenwart verstanden. Forschungsbedarfe für die Zukunftsforschung des 21. Jahrhunderts identifiziert Kreibich für die Frage, wie mit den Herausforderungen durch Megatrends (beispielsweise wissenschaftliche und technische Innovationen) und Kernprobleme des globalen Wandels (wie Klimawandel und Klimafolgen oder Süßwasserverknappung und Verseuchung) umgegangen werden kann. Für die Umsetzung bedürfe es erheblicher Anstrengungen bei der Entwicklung von wissenschaftlich gestützten Strategien und Maßnahmen für Politik und Gesellschaft auf lokalen, nationalen, regionalen und globalen Handlungsebenen. Damit die Forschungsrichtung dieser weitreichenden und verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sei, schreibt Rolf Kreibich der modernen Zukunftsforschung die Nutzung und aktive Weiterentwicklung des methodischen Instrumentariums in das Stammbuch. Für die Disziplin Politikwissenschaft erweisen sich die aufgezeigten Forschungsbedarfe gerade für den Bereich der politikwissenschaftlichen Politikberatung als spannende Herausforderung. Aus Sicht der Politikwissenschaft als reflexives System der Politik (Bröchler 2008) erschöpft sich die Rolle der Disziplin nicht darin, zu effizienten und effektiven Problemlösungen beizutragen. Politikwissenschaft ist auch gefordert, geplante oder getroffene kollektiv bindende Entscheidungen stets erneut kritisch zu hinterfragen und sich an der Entwicklung alternativer Problemlösungsstrategien zu beteiligen.

Mit dem Potenzial der Governance-Forschung für den Bereich Umwelt, Technik und Demokratie befassen sich explizit die beiden folgenden Beiträge. Brigitte Biermann wendet sich den Perspektiven der Governance-Forschung im Politikfeld Umwelt zu. Im Rahmen von Analysen zur Umweltgovernance rückt Biermann die Leistungsfähigkeit freiwilliger Nachhaltigkeitsinitiativen in das Zentrum. Empirischer Gegen-

tand ist die Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung am Beispiel der Global Reporting Initiative (GRI). Aus der Stakeholder Perspektive weisen Unternehmen, Verbände, Gemeinden, Non-Profit- und andere Organisationen gegenüber der Öffentlichkeit den Stand ihrer Anstrengungen aus. Berichtet wird sowohl über Management- und Strategiekonzepte als auch über die Umsetzung ökonomischer, sozialer und ökologischer Ziele. Doch können Initiativen wie GRI nachhaltige Entwicklung tatsächlich in der Praxis (besonders in prozeduraler Hinsicht) voranbringen? Die Global Reporting Initiative steht für Biermann beispielhaft für ein breites zu erschließendes Feld der Governance-Forschung, denn die Leistungsfähigkeit freiwilliger Nachhaltigkeitsinitiativen gelte es erst noch zu bestimmen. Die aufgezeigten Forschungsbedarfe sind aus Sicht der Governance-Forschung bedeutsam. Biermann thematisiert für einen interessanten Bereich der Umweltpolitik Handlungsspielräume und -grenzen zivilgesellschaftlicher Regelungsstrukturen bei der Bearbeitung öffentlicher Probleme.

Mit Perspektiven der Governance-Forschung für das Politikfeld Technik befasst sich *Stephan Bröchler*. Ausgangspunkt des Beitrags ist die Frage, wie der analytische Governance-Ansatz für Erkenntnisinteressen und Fragestellungen der sozialwissenschaftlichen Technikforschung fruchtbar gemacht werden kann. Die sozialwissenschaftliche Technikforschung interessiert sich dafür, wie technische Innovationen in die Gesellschaft eingebettet werden. Die Kontextualisierung von Technik erweist sich in der Praxis als ein problematischer, zuweilen konfliktärer Prozess der öffentlichen Problembearbeitung (Atomenergie, Gentechnik). Bröchler zeigt Anschlussmöglichkeiten für Governance-Fragestellungen in den Bereichen politische Techniksteuerung und Technology Assessment auf und markiert zukünftige Forschungsbereiche.

Wolfgang Fach greift in seinem Beitrag „Mitwirkung als Mythos und Maschine“ einen wichtigen demokratietheoretischen Aspekt in den Debatten um Zukunftsforschung, Umwelt- und Technikpolitik auf: die Frage der Partizipation. Der intensiven gesellschaftlichen Mitwirkung bei der Gestaltung von Innovationen wird in der Forschungsliteratur eine Schlüsselfunktion für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung zugeschrieben. Fach setzt sich kritisch mit diesem normativ aufgeladenen Verständnis von Mitwirkung auseinander. Sein Ziel ist es, auf die Dialektik der Mitwirkung aufmerksam zu machen. Der Mensch will bei Fragen mitwirken, die ihn betreffen. Doch wer mitwirkt, dem kann mehr zugemutet werden, gerade weil er dabei ist und (zumindest symbolisch) einbezogen wird. Doch treffen wir im Prozess der Zukunftsgestaltung in der Tat auf eine reale Mitwirkung? Fach legt mit seinem Beitrag den Finger in eine demokratietheoretische Wunde der partizipationsorientierten Innovationsforschung: Ist Mitwirkung fauler Zauber? Eine Frage, die sich die betei-

lichten Forscherinnen und Forscher stets erneut (selbst)kritisch im Blick auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Mitwirkung stellen müssen.

Die Bearbeitung von Zukunftsfragen der Techniksteuerung und Umweltentwicklung sind, wie die Beiträge zeigen, keine rein gesellschaftliche oder ökonomische Angelegenheit, auch wenn zunehmend wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure für diese Prozesse Bedeutung zukommt. Innovationen bedürfen der staatlichen Absicherung und der politischen Steuerung wie der kritischen Reflexion. Staat und politische Steuerung sind jedoch nicht Größen, deren Existenz und Wirksamkeit ungefragt gegeben sind. Dieser Thematik widmen sich die Beiträge der zweiten Sektion. Zu Beginn wirft *Arthur Benz* die Frage nach dem geeigneten Staatsbegriff in Zeiten der Transformation der Staatlichkeit auf, die im Kontext der Globalisierung an Brisanz gewonnen hat. Damit einher geht die Aufgabe, die Transformationskräfte angemessen theoretisch zu verorten. Verworfen wird die Möglichkeit den Staat und die Staatstätigkeit aus der gesellschaftlichen oder ökonomischen Entwicklungsdynamik herzuleiten. Die von entsprechenden Staatstheorien behauptete Determinierung der staatlichen Entwicklung kann die empirische Varianz der Staatlichkeit und die Divergenz der tatsächlich ausgeübten Staatsfunktionen nicht plausibel erklären. Dies betrifft sowohl Transformationsprozesse in sehr unterschiedlichen Kontexten als auch solche auf sehr ähnlicher Entwicklungsstufe. Die Abkehr von einem „*society-centered approach*“ bedeutet nunmehr nicht ein Plädoyer für einen „*state-centered approach*“. Vielmehr geht es um das Zusammenwirken von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren, wobei je nach Problembefund (Grenzpolitik, Migration, Wohlfahrtsstaat und politische Partizipation) unterschiedliche Konstellationen und Konfliktszenarien virulent und verschiedene Strategien und Modi des Wandels – „*Staatspolitik*“ und „*Politik im Staat*“ – eingeschlagen werden. Entsprechend variieren die Prozesse und Strukturen, in denen sich der Wandel des Staates vollzieht. Staat ist und wird somit zum jeweils spezifischen Projekt der Gesellschaft beziehungsweise der gesellschaftlichen und staatlichen Akteure, welches dazu dient Herrschaft zu organisieren und Konflikte zu regeln. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Transformationen zielt somit nicht auf die Abfassung einer neuen Staatstheorie ab, sondern skizziert ein empirisches Forschungsprogramm, das jedoch auch seine Orientierung und Impulse aus der vielstimmigen staatstheoretischen Diskussion gewinnt.

Den Blick auf die internationale Ebene lenkt der Beitrag von *Renate Mayntz*. Es geht dabei jedoch nicht um eine Analyse von Globalisierung und Global Governance. Vielmehr fragt der Beitrag nach den Faktoren, welche die unterschiedlichen Forschungsperspektiven prägen. Diese Aufgabe wird anhand einer Sekundäranalyse

des Schwerpunktprogramms der Volkswagenstiftung „Globale Strukturen und ihre Steuerung“ bewältigt. Hierbei zeigen sich signifikante Unterschiede in der disziplinären Zugangsweise – Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften – auf das gemeinsame Erkenntnisobjekt. Darüber hinaus untersucht der Beitrag auch den Einfluss externer Faktoren auf die Forschungsausrichtung. In einem ersten Schritt werden die intradisziplinären Entwicklungen im Bereich der Sozialwissenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg betrachtet. Im Anschluss daran werden die Differenzen im sozialwissenschaftlichen Zugang auf die Materie im Vergleich zwischen der amerikanischen und europäischen Wissenschaftscommunity nach 1989 analysiert. In beiden Schritten zeigt sich die Relevanz der gesellschaftlichen Einbettung der Forschung. Dies betrifft die Veränderungen der Forschungsperspektiven, Fragestellungen und theoretischen Annahmen im Kontext der historischen Entwicklungen auf der internationalen Ebene ebenso wie die bemerkbaren Differenzen im Zugang auf die Themen Multilateralität, Intervention und Global Governance im regionalen Vergleich. Gleichfalls werden die analysierten Studien sowohl durch die ihnen immanenten Wertzuweisungen – Sicherheit, Frieden, Demokratie – als auch die Wertorientierung der Forschenden selbst geprägt und befinden sich nicht in einem wertfreien Raum. Die vielfältigen Einflüsse auf die Forschungsperspektive von Globalisierung und Global Governance lassen die Forschungsanstrengungen vielfach kontingent erscheinen, doch werden sie zugleich einem gestuften Filterungsprozess unterworfen, der inner- und intradisziplinäre Forschungstraditionen, politische und regionale Faktoren einbezieht. Doch diese Selektionsfaktoren können die wissenschaftlichen Akteure nicht gänzlich determinieren, wenngleich sie auf die durchgängige gesellschaftliche Verfasstheit wissenschaftlicher Produktion verweisen.

Susanne Lütz lenkt den Blick auf die Veränderungen in der ökonomischen Sphäre, wobei sie eine zweifache Perspektive einschlägt. Zum einen geht es um die typologische Erfassung des empirischen Befundes im breiten Spektrum der Diskussion zu „varieties of capitalism“ und zum anderen um die Frage, inwieweit das Governance-Konzept eine angemessene Folie hierzu liefern kann. Auf empirischer Ebene wird im Rahmen der Globalisierung eine zunehmende Inkohärenz nationaler Institutionengefüge und eine sektorspezifische und territoriale Ausdifferenzierung der Unternehmensstrategien konstatiert, die mit unterschiedlichen politischen Spielräumen verbunden sind und die wirtschaftliche Rahmenbedingungen ausgestalten. Dem Governance-Ansatz wird generell zugestanden, dass er mit seinem Blick auf unterschiedliche Steuerungsformen, Akteure und Akteurskonfigurationen erlaubt, die unterschiedlichen Regulationsformen adäquat zu erfassen. Jedoch gilt dies weitaus weniger, wenn die Entstehung und Dynamik der Transformationsprozesse zu analysieren sind. Hier zeigt sich der Ansatz aufgrund seiner institutionellen Fokussierung

ignorant gegenüber Akteuren und kulturell-soziologischen Prozessen. Entsprechend wird eine Erweiterung des Governance-Konzepts um die genannten Perspektiven vorgeschlagen. Wie bereits auch Benz in seiner Diskussion der Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Staatsausprägung unterstreicht Lütz im Bereich der ökonomischen Transformationsbeziehungen eher lockere Kopplungszusammenhänge, deren jeweilige Ausformungen dann von Akteuren, ihrer Perzeption und Strategien abhängen und deren Ergebnis sich nicht strukturdeterministisch bestimmen lässt. In dieser Herangehensweise wird keine Theorie entwickelt, noch die Hoffnung auf eine entsprechende umfassende Theorie der Transformation erweckt, sondern ein Forschungsprogramm skizziert, das es erlaubt die divergenten empirischen Befunde zu ordnen und spezifisch zu erklären.

Die Beiträge aus den ersten beiden Sektionen verdeutlichen sehr gut, dass sich die Gegenstandsbereiche der Politikwissenschaft in vielerlei Hinsicht verändert haben, sie scheinen geradezu zu verschwimmen. Die Abgrenzung und funktionale Trennung einzelner Teilsysteme wird schwierig, wie allein ein Blick auf den Bereich des Politischen und seiner staatlichen Fundierung zeigt. Hierbei verweist das Governance-Konzept sowohl auf diese Ausdifferenzierungsprozesse als auch auf die Möglichkeit, diese wieder systematisch in einen analytischen Analyserahmen zu bringen, der neben den verschiedenen Regulationstypen auch die Perspektive einer Mehrebenen-Analyse integriert (Benz et al. 2007). Die bereits mehrfach angesprochenen Interdependenzen zwischen nationalen, internationalen und globalen Kontexten unterstreichen dieses Erfordernis.

Es ist daher eine logische Konsequenz der eingeschlagenen Forschungsperspektive sich nun intensiver der internationalen Politik und den damit verbundenen Konflikten und Konfliktpotentialen zuzuwenden. Ein erster grundlegender Beitrag der dritten Sektion von *Martin List* beschäftigt sich mit der inzwischen mehrfach gestellten Frage nach den angemessenen Analyseperspektiven zu Kernfragen des internationalen Systems. Hierbei nimmt er nun nicht das Governance-Konzept zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, sondern greift auf den umfassenden Fundus der üblichen Forschungsprogramme der Internationalen Beziehungen zurück, denen er trotz unterschiedlicher Fokussierung der Probleme eine Kompatibilität bescheinigt, wie sie inzwischen in weiten Teilen der Subdisziplin anerkannt wird und von einer wissenschaftlichen Konfrontation zu einer Kooperation geführt hat. Auch List möchte diesen Konsens nicht verwerfen, verweist jedoch nachdrücklich auf *missing links* innerhalb des bestehenden heterogenen Forschungsszenariums, das er daher mit einer historisch-soziologischen Analyseperspektive ergänzen möchte. In der historischen Perspektive kommt es dabei auf die innere Berücksichtigung der Geschicht-

lichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und die dabei oftmals gegebene Pfadabhängigkeit von Entwicklung an sowie auf die gesellschaftliche Konstruktion historischer Erfahrungen. Soziologisch betrachtet geht es um die binnengesellschaftliche Verankerung der Außenpolitik und die Einbettung Internationalen Beziehungen in gesellschaftliche Kontexte, die auch Machtstrukturen und Machtinteressen deutlich werden lassen. Ähnlich wie zuvor andere Autorinnen und Autoren, argumentiert er gegen den Anspruch neue Großtheorien zu entwickeln, deren Boden allein aufgrund der Komplexität der Untersuchungsmaterie entzogen sei. So könnten Forschungsprogramme nicht überzeugen, die das Handeln der Akteure allein auf Struktur- und Systemzwängen zurückführen möchten. Vielmehr sind es die Akteure selbst, die mit ihren Interessen und ihrer eigenen Konstruktion der Weltsicht immer wieder neue Dynamiken und damit eine unvorhersehbare Varianz auslösen. In praktischer Hinsicht unterstreicht der vorliegende Beitrag die notwendige Sensibilisierung außenpolitischer Akteure, deren Handlungen ohne den kognitiven und zuweilen auch emphatischen Einbezug der vielfältigen, historisch und sozial bedingten Empfindlichkeiten von Akteuren aus anderen kulturellen Kontexten letztlich kontraproduktiv werden können.

Die nicht intendierten Effekte unzureichender Perzeption werden auch im Beitrag aus entwicklungspolitischer und -theoretischer Sicht von *Rainer Tetzlaff* aufgegriffen, der allgemein die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Sicherheit und damit ein aktuelles Thema der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) thematisiert. Hierbei bezieht er sich speziell auf Entwicklungsstrategien, die rent-seeking Mentalitäten fördern, denen auch die EZ der EU-Länder nicht ganz abgeneigt sind. Gefordert ist anstelle von finanziellen Transfers die Unterstützung einer *responsible political leadership*. Wurde in Zeiten des Ost-West-Konflikts diese Verantwortlichkeit durch die passende Zugehörigkeit zum ‚richtigen‘ Lager interpretiert und zahlreicher Missbrauch staatlicher Macht in den befreundeten Staaten übersehen, so schienen die Perspektiven für eine verantwortliche Regierungsführung nach 1989 besser zu sein. Zumal auch die Autorinnen und Autoren der stark ökonomisch ausgerichteten Entwicklungsstrategien der Weltbank und des Internationalen Währungs-Fonds erkennen mussten, dass der Einbezug politischer Faktoren für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie unabdinglich ist. Seit diesen Jahren waren Konzepte von Good Governance in unterschiedlichen Ausprägungen (Weltbank, EU, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) en vogue, wenngleich sie den Blick auf eine rechtstaatliche Fundierung des Regierens teilen. Mit unterschiedlichen Strategien wurde und wird die Erreichung dieses Zieles verfolgt, wobei auch auf Konditionalitätskriterien gesetzt wurde. Gerade letztere – als schärfstes Instrument gedacht – haben durch die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Volksrepublik

China einen Dämpfer erfahren müssen. Diese unterläuft mit ihren Zusagen im Bereich der Entwicklungsprojekte speziell im afrikanischen Raum immer wieder die Auflagen der EU, indem sie ihre Zusagen an keine politischen Kriterien, sondern an den Zugang zu bzw. Lieferung von Rohstoffen bindet. Inwieweit die Hoffnung auf eine neue Generation von politischen Führenden trägt, das Angebot der EU und eines *responsible leaderships* ernsthaft aufzugreifen, werden die weiteren Entwicklungen zeigen.

Einen anderen Weg aus der Krise der Entwicklungsländer, die immer stärker auf die traditionelle Position als Rohstofflieferant zurückgeworfen werden, skizziert *Gerd Junne*. Er sieht die Alternative zu dieser entwicklungsstrategischen Sackgasse nicht in einer nachlaufenden und wenig versprechenden Produktion von Billigexportgütern (wie derzeit u. a. von China praktiziert), sondern im Export intelligenter Dienstleistungen, konkret im internationalen Angebot von Fernunterricht. Solch eine arbeitsintensive Strategie schafft nicht nur Belebung auf dem Arbeitsmarkt, sondern erschließt die bereits vorhandenen intellektuellen Potentiale und bietet Möglichkeiten zu deren Ausbau und Entwicklung. Der Beitrag diskutiert die Chancen und Möglichkeiten, die bestehen, um Entwicklungsländer zu Anbietern auf dem Markt für Fernunterricht speziell im akademischen Bereich zu machen. Die Infrastruktur für solch eine Strategie ist mit dem globalen Ausbau des Internets im Prinzip gegeben, wie die bereits vielfältigen Dienstleistungsexporte in anderen Sparten am Beispiel Indiens belegen. Dagegen markieren zahlreiche Finanzierungsengpässe und Qualitätsprobleme zunächst die schwierige Ausgangslage zahlreicher Universitäten in Entwicklungsländern. Dem wird entgegengehalten, dass durch die Erschließung des Fernunterrichtsmarktes neue Finanzmittel zur Verfügung ständen, die es erlauben würde, die akademischen Fachkräfte im eigenen Land zu halten, die bislang ihren Ausweg in Industrieländer gesucht haben und dabei mit dem damit verbundenen „Brain Drain“ die dortigen Ausbildungssysteme subventioniert und mit innovativen Beiträgen versorgt haben. Auch wenn die Schwierigkeiten in der Etablierung eines solchen Dienstleistungsangebots nicht übersehen werden, so sollte ein sequentielles Vorgehen und die umfassende Nutzung bestehender Kommunikationsnetzwerke die Tragfähigkeit dieses Vorschlages nahelegen.

Auch der folgende Beitrag von *Helmut Elbers* und *Joseph Kostiner* ist lösungsorientiert angelegt. Allerdings betrifft dies mit der Thematisierung der iranischen Herausforderung in der Golfregion eine weitaus brisantere Problematik. Ausgangsbasis der Überlegungen bildet eine umfassende Behandlung der aggressiven iranischen Außenpolitik im Kontext des Aufbaus einer schiitischen Achse, die vom Libanon bis tief in die Golfregion reicht, und sich vor allem gegen Israel und die USA richtet. Her-

ausgearbeitet werden dabei mit Blick auf die Einschätzung der Rationalität der iranischen Politik zunächst Faktoren, die dazu beitragen, dass die iranische Außenpolitik aggressiv und bedrohlich wirkt. Anschließend werden die Perzeptionen und politischen Reaktionen der großen und kleinen Golfstaaten dargestellt, deren Bündnisstrategie mit dem Ziel einer umfassenden Stabilisierung dabei aus theoretischer Sicht der Internationalen Beziehungen beleuchtet wird. Abschließend analysieren die Autoren verschiedene Lösungen einer möglichen Sicherheitsarchitektur in der Golfregion und legen einen eigenen Vorschlag vor, der vor allem auf einer Kooperation der USA mit dem Iran unter Beibehaltung der territorialen Integrität des Iraks und der Gulf-Cooperation-Council-Staaten basiert. Letztere Staaten wären dabei geeignet, eine vertrauensbildende Vermittlerrolle zu spielen, in der die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) als Mediatorin mit einbezogen wird.

Mit dem Blick auf Konflikte und Kooperation in der Golfregion ist der letzte Beitrag des Bandes bereits vorbereitet, der sich mit der Entwicklung und Leistung der Friedenswissenschaft an der FernUniversität in Hagen beschäftigt. *Hajo Schmidt*, einer der maßgeblichen Protagonisten dieses Projekts, würdigt dabei die Leistung von Georg Simonis bei diesem weitreichenden Unterfangen und arbeitet Schwerpunkte der friedenswissenschaftlichen Aktivitäten heraus. Betrachtet wird der Entstehungskontext der Friedenswissenschaften an der Hochschule im Zusammenhang mit seinen vielfältigen regionalen und internationalen Forschungsk Kooperationen, die eine umfangreiche Koordinations- und Abstimmungsarbeit erforderte. Auf diese Weise gelang es, eine Trägerschaft für den neuen Masterstudiengang zu finden. Bereits in diesen Jahren prägten Veranstaltungen zur Ethik der Internationalen Beziehungen und Analysen der Abschreckungsdoktrin das Lehrangebot und steckte den weiten Rahmen zwischen normativer Fundierung und empirischer Bestandsaufnahme verbunden mit theoretischen Erklärungskonzepten ab. Gleichfalls waren von Anfang an viele prominente Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung an diesen Aktivitäten beteiligt und engagierten sich dann auch an der Ausarbeitung von Studienbriefen. Zentrale Themensetzung wie zur Governance-Architektur von Sicherheitskonzeptionen – speziell im Rahmen des Nahost-Konflikts –, zum Demokratischen Frieden und zu Zivilisierungstheorien markieren zentrale Etappen der friedenswissenschaftlichen Tätigkeiten. Gerade die Ansätze von Senghaas und Galtung argumentieren dabei aus einer mehrdimensionalen und auf historischen Erfahrungen gesättigten Perspektive, dem ein komplexer Gewaltbegriff zugrunde liegt. Ihr Einbezug auch kultureller Elemente verdeutlichte deren Relevanz für die Konfliktentstehung und -bearbeitung; zugleich machten sie auch auf die gefährlichen Homogenisierungspostulate anderer Konflikt Diagnosen aufmerksam, die von einheitlichen Kulturen und entsprechenden Handlungsstrategien kollektiver